

# „Waffenexporte sind immer katastrophal“

**Interview** Die Menschenrechtsexpertin und Grünen-Politikerin Barbara Lochbihler kritisiert die derzeit diskutierten Rüstungsgeschäfte mit Saudi-Arabien und Angola. Für Guido Westerwelles Außenpolitik hat sie dagegen teils Verständnis

**Augsburg** Barbara Lochbihler ist Abgeordnete der Grünen im Europa-Parlament. Die ehemalige Chefin von Amnesty International Deutschland steht der Iran-Delegation vor und ist Mitglied im Menschenrechtsausschuss. Wir sprachen mit ihr über deutsche Rüstungsgeschäfte, die Intervention in Libyen und den Umsturz in Syrien.

*Die Bundesregierung möchte offenbar Panzerexporte nach Saudi-Arabien erlauben. Dies soll den Iran in Schach halten. Kann das funktionieren?*

**Lochbihler:** Ich kann keinen Sinn in den Exporten erkennen. Das sicherheitspolitische Argument, man möchte Irans Hegemonialbestrebungen eindämmen, verfährt nicht. Der Iran betreibt ein Nuklearwaffenprogramm; er strebt keine konventionelle Auseinandersetzung an. Zudem hat Saudi-Arabien Panzer auf Halde. Man muss eine sicherheitspolitische Lösung finden, ohne Panzer zu liefern.

*Immerhin gilt Saudi-Arabien aber als Stabilitätsanker der Region, nicht?*

**Lochbihler:** Aber wie hat sich Saudi-Arabien im arabischen Frühling verhalten? Das Land ist völkerrechtswidrig in Bahrain einmarschiert und hat einen Aufstand niedergeschlagen, in dem die Menschen Versammlungsfreiheit, eine gerechte Verteilung der Parlamentssitze und Meinungsfreiheit erreichen wollten. Nein, Nutzen aus dem Geschäft zieht allein der Hersteller Krauss-Maffei und der Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Uhl, in dessen Wahlkreis sich die Firma befindet.

*Lehnen Sie Waffenexporte generell ab?*

**Lochbihler:** Waffenexporte sind immer katastrophal, aber in der jetzigen Situation sind sie das denkbar schlechteste Signal an jene, die in einer menschenwürdigen Gesellschaft leben wollen. Denn was ist Saudi-Arabien für ein Land? Dort finden schlimmste Menschenrechtsverletzungen statt: Amputationen als Strafe, Auspeitschungen, ein Anstieg von Enthauptungen mit anschließender öffentlicher Kreuzigung des Leichnams; Arbeitsmigranten mussten Schuldeingeständnisse unterschreiben, die zu ihrem Tod führen. In einem Land, in dem es kein richtiges Parlament, keine Gewerkschaften, keine Zivilgesellschaft gibt, sind Panzer ein Unterdrückungsinstrument nach innen.

*Immerhin soll das Panzergeschäft mit Israel und den USA abgesprochen sein. Kann man da „Nein“ sagen?*

**Lochbihler:** Es befördert nicht die Sicherheit Israels, Saudi-Arabien mit Panzern auszustatten. Dort gibt es zahlreiche Gruppen mit einem dezidiert antiisraelischen Programm.

*Aber haben nicht Grüne und SPD genau jene Waffenexport-Richtlinien*



Saudi-Arabien peitsche Menschen aus, sagt Barbara Lochbihler. Man dürfe deshalb keine Waffen liefern. Foto: Fred Schöllhorn

*eingeführt, nach denen sich die heutige Regierung jetzt richtet?*

**Lochbihler:** Die Regierung setzt sich aber in mehreren Punkten über die Richtlinien hinweg. Darin heißt es, der Menschenrechtslage müsse im Importland besonderes Gewicht beigemessen werden. Dagegen verstößt man im Falle Saudi-Arabiens eklatant. Es heißt auch, in konfliktträchtige Regionen dürften keine Exporte erfolgen. Saudi-Arabien ist gerade in Bahrain einmarschiert; konfliktträchtiger geht es nicht. Und es heißt, wirtschaftliche Überlegungen dürften keine primäre Rolle spielen. So weit ich aber weiß, hat Krauss-Maffei derzeit keine Kurzarbeit angemeldet.

*Deutschland möchte jetzt auch Angola mit Patrouillenschiffen ausstatten. Geht das, wenn dort Frieden herrscht?*

**Lochbihler:** Unsere Bevölkerung will keine Rüstungsgeschäfte. Sie weiß, dass Waffenexporte nicht zur Stabilität beitragen. Angola braucht Unterstützung: gegen Armut, Arbeitslosigkeit, Unterentwicklung. Aber Waffen braucht das Land nicht.

*Bisher genehmigt Waffenexporte der nicht öffentlich tagende Bundessicherheitsrat, der aus Mitgliedern der Bundesregierung besteht. Nach dem, was Sie sagen, scheint das Gremium einige Fehler zu machen?*

**Lochbihler:** Ich denke, es genügt nicht, dass nur einmal im Jahr im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung Rechenschaft über die Exporte abgelegt wird. In Großbritannien findet das vierteljährlich statt. Zudem spräche nichts dagegen, in einen Ausschuss, der über Waffenexporte entscheidet, den Bundestag und seine Fraktionen einzubeziehen.

*Ein anderes Thema: Die Nato scheint im Libyen-Einsatz nicht recht weiterzukommen. Hat der Westen die richtige Strategie?*

**Lochbihler:** Besser wäre es, zusammen mit der Arabischen Liga und den politischen Verhandlungsführern eine Verhandlungslösung zu finden. Das Bombardieren muss aufhören. Durch die Angriffe sterben viele Leute.

*Hat die internationale Gemeinschaft denn ein politisches Konzept für die Zeit nach Gaddafi?*

**Lochbihler:** Das Problem ist, dass Libyen als eines der reichsten Länder auf dem Kontinent praktisch keine politischen Strukturen hat: Alles ist auf Gaddafi ausgerichtet. Deshalb muss man freie Medien und ein funktionierendes Gerichtssystem aufbauen. Die Bundesregierung kritisiere ich, weil sie sich nicht daran beteiligt, eine Lösung für Arbeitsmigranten aus Eritrea oder Somalia zu finden, die aus Libyen geflohen sind und an der Grenze festsitzen, da sie in ihr Heimatland aus Angst vor Krieg oder Verfolgung nicht zurückkehren können. Die USA, Brasilien, Chile haben Flüchtlinge aufgenommen, Deutschland nicht.

*Derzeit spitzt sich die Lage in Syrien zu. Hat der Westen zu lange gezögert?*

**Lochbihler:** Ich habe kürzlich zwei Vertreter der syrischen Opposition gesprochen: einen Juristen und einen Professor. Für die Leute im Land gibt es kein „Weiter so“ mit Assad. Die Syrer möchten nicht, dass der Westen militärisch eingreift. Trotzdem erhofft man sich Unterstützung. Kürzlich waren westliche Diplomaten in der Stadt Hama und haben durch ihre Anwesenheit die Opposition geschützt. Das war mutig.

*Trotzdem tut sich die Opposition in Syrien schwer. Ist der arabische Frühling in der Krise?*

**Lochbihler:** Ein Umsturz dieser Größe verläuft nie linear. Aber die geschichtlichen Erfahrungen in Ägypten und Tunesien prägen die Men-

schen in der arabischen Welt. Diese Entwicklung lässt sich nicht mehr zurückdrehen. Die Leute nennen den arabischen Frühling „Revolution der Würde“; sie möchten ein normales, ziviles Leben. Darum verliert auch El Kaida an Boden.

*Eine letzte Frage: Guido Westerwelle hatte sich im Weltsicherheitsrat zum Libyen-Einsatz enthalten. Ein Fehler?*

## Rüstungsexportrichtlinie

In den politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen heißt es u. a.:

- „Der Beachtung der Menschenrechte (...) wird bei den Entscheidungen über Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern besonderes Gewicht beigemessen.“
- „Genehmigungen für Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern werden grundsätzlich nicht erteilt, wenn hinreichender Verdacht besteht, dass diese zur internen Repression (...) oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden. Für diese Frage spielt die Menschenrechtssituation im Empfängerland eine wichtige Rolle.“ (mke)

**Lochbihler:** Ich kann Herrn Westerwelle nicht zu sehr schelten. Er sah sich einem Dilemma gegenüber. Man wollte den Menschen in Syrien helfen; gleichzeitig wusste er, dass eine Flugverbotszone aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem Besatzungskrieg führen würde. Dennoch war es nicht geschickt, wie er seine Position vermittelt hat.

Interview: Michael Kerler

## FLIEGEN SIE MIT RYANAIR NACH ALGHERO



### SSARDINIEN ENTDECKEN! FLUGHAFEN ALGHERO

Sardinien eingeben, ein S davor stellen und jahrtausende alte, faszinierende Traditionen, aufregende Feste, Kunst und Kultur an historischen Orten entdecken und dazu herzliche Gastfreundschaft und köstliche Gastronomie genießen. Ein Gebiet für sportliche Aktivitäten an der frischen Luft, Sonne und Meer, Naturschutzgebiete und Nationalparks. Ein Urlaub, um erstaunliche Geschichte und Tradition im Einklang mit der Natur zu erleben. Das ist der Nordwesten von Sardinien. So schön, dass Sie ihn am liebsten für sich allein hätten. SSARDINIA, OH YESS. [www.sardinia.com](http://www.sardinia.com)

**RYANAIR**



Weitere Informationen finden Sie auf [www.ryanair.de](http://www.ryanair.de). Direktflüge ab Memmingen.

## Sarrazin in Kreuzberg

**Integration** Ein Besuch führt zum Eklat. Einwohner beschimpfen Autor

**Berlin** Aus dem Döner wird nichts. Der Spaziergang von Thilo Sarrazin über den türkischen Gemüsemarkt führt zu keinem Imbiss. Als sich der umstrittene Ex-Politiker und Bestseller-Autor begleitet von einem Fernsichteam in die Berliner Stadtteile Kreuzberg und Neukölln begibt, erhitzten sich statt dessen die Gemüter. Schimpftiraden und Sprechchöre statt einer leckeren Mahlzeit mit scharfer Soße bestimmen das Bild – knapp ein Jahr nach Erscheinen von Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“.

Bitter beklagt sich der 66-jährige Ex-Bundesbanker, der seinen Job wegen des Buches mit den höchst umstrittenen Integrationsthemen verlor, über Mobbing. Auslöser der aggressiven Stimmung ist ein geplanter Bericht des ZDF-Kulturmagazins *Aspekte*, der Sarrazin beim Gespräch mit türkischstämmigen

Menschen zeigen wollte. Mit dem Besitzer eines bekannten Restaurants und mit der liberalen alevitischen Gemeinde war lange zuvor ein Treffen verabredet.

Doch sobald Sarrazin auftaucht, eskaliert die Situation. In den Wortwechseln reden alle Beteiligten aneinander vorbei. Vor dem Restaurant „Hasir“ im Herzen von Kreuzberg schreit ein Mann mit Sonnenbrille Sarrazin an: „Dieser Mann hat Menschen beleidigt!“ Sarrazin, der in seinem Buch die angeblich fehlende Integrationsbereitschaft von Türken und Arabern kritisiert, fragt nach seiner Herkunft. Antwort: „Ich bin nicht deutscher Staatsbürger.“ Sarrazin:

„Dann benimm dich mal vernünftig, du bist in einem anderen Land. Ich gehe dahin, wo ich will, und das bestimmen nicht Sie!“

Die verabredete Diskussion mit den Aleviten endet ebenfalls im Protest auf der Straße: „Hau ab, hau ab!“ und „Sarrazin muss weg aus Kreuzberg!“ Sarrazin fühlt sich „förmlich herausgemobbt“ aus Kreuzberg. Bei zahllosen Lesungen und Diskussionen habe er seit August 2010 nicht so viel Ablehnung erlebt, sagt er.

Der Deutsche Kulturrat beklagt die Inszenierung durch *Aspekte*. Der Eklat sei vorhersehbar gewesen. Und der „Hasir“-Besitzer sagt die Gesprächsverabredung ab und will Sarrazin auch dessen angeblich ersten Döner nicht servieren.

A. Rabenstein, dpa

